

**TOP:** 8**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :JaAmt/Geschäftszeichen  
**Federführendes Amt** : BauamtDatum 01.10.2019  
Drucksache-Nr.: 01-99-2019**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	22.10.2019					
Stadtverordnetenversammlung	24.10.2019					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr."; Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr."**

**Beschlussvorlage**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr." vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt entsprechend dem Abwägungsergebnis auf der Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr.", bestehend aus Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen in der Fassung vom April 2019 als Satzung.
3. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr." mit Stand August 2019 wird gebilligt.
4. Der Satzungsbeschluss sowie Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Bebauungsplan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, sind ortsüblich bekannt zu machen.

Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst.

**Anlagen**

- Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Abwägungsvorlage)
- Planzeichnung Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr.", Fassung zum Satzungsbeschluss, Stand: August 2019
- Begründung zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr.", Fassung zum Satzungsbeschluss, Stand: August 2019

**Beratungsergebnis:** Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. : 19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

**Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....**

eingbracht durch : Bürgermeister  
Bearbeiter : Herr Wießner

.....  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

#### **Problembeschreibung/Begründung**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 31.01.2019 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 66 "Neue Kietzstr." beschlossen. Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgte im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB. Auf die frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde verzichtet.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 66 "Neue Kietzstr." mit Stand vom Mai 2019 in der Zeit vom 11.07.2019 bis einschließlich 12.08.2019 im Rathaus der Stadt Kremmen. Es wurde von Seiten der Öffentlichkeit keine Äußerungen zur Planung abgegeben.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 66 "Neue Kietzstr." mit Stand Mai 2019 erfolgte mit Schreiben vom 14.06.2019.

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Ergebnisse der Auswertung der im Rahmen der Beteiligungen eingegangenen Stellungnahmen werden im Bebauungsplan in der Satzungsfassung mit Stand vom August 2019 gemäß der Anlage berücksichtigt.

Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschließt die Gemeinde den Bebauungsplan als Satzung. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist der Beschluss des Bebauungsplans durch die Gemeinde ortsüblich bekannt zu machen. Der Bebauungsplan ist mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten; über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, wo der Bebauungsplan eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

gez. E. Wießner  
Bauamtsleiter

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*



